

II- 2651 der Beilagen zu den Steaigraphischen Protokollen des Nationalrates

REPUBLIK ÖSTERREICH  
 BUNDESMINISTERIUM  
 FÜR SOZIALE VERWALTUNG  
 Z1.21.891/72-1a/1977

## XIV. Gesetzgebungsperiode

1010 Wien, den 13. Juli 1977  
 Stubenring 1  
 Telefon 57 56 55

1205/AB

1977-07-20  
 zu 1258/J

Beantwortung

der Anfrage der Abgeordneten Dr.KOHLMAIER,  
 Dr.SCHWIMMER und Genossen an den Bundes-  
 minister für soziale Verwaltung, betreffend  
 die Sicherung der Pensionen (Nr.1258/J)

Die anfragenden Abgeordneten zitieren eine von  
 mir anlässlich eines SPÖ-Pensionistentreffens in der  
 Dornbirner Stadthalle gemachte, in der "Arbeiter-  
 Zeitung" vom 12.5.1977 wiedergegebene Äußerung sowie  
 eine Aussendung der "Sozialistischen Korrespondenz"  
 vom 15.2.1977 und stellen abschließend die folgende  
 Frage:

"Auf welche Grundlage stützen Sie Ihre Unter-  
 stellung, daß es im Zuge der von Finanzminister  
 Dr.ANDROSCH ausgelösten Auseinandersetzung um die  
 Pensionen die ÖVP - und nicht, so wie es den Tatsachen  
 entspricht, Finanzminister Dr.ANDROSCH - gewesen sei,  
 die behauptet habe, die Pensionen seien nicht gesichert?"

In Beantwortung dieser Anfrage beeohre ich mich,  
 folgendes mitzuteilen:

Einleitend möchte ich bemerken, daß die Aus-  
 führungen eines Politikers bei einer Parteiveran-  
 staltung, wie das SPÖ-Pensionistentreffen in der  
 Dornbirner-Stadthalle, ebenso wie eine Aussendung  
 der "Sozialistischen Korrespondenz" und die Bericht-  
 erstattung der "Arbeiter-Zeitung" kein Gegenstand  
 der Vollziehung sind. Dennoch bin ich aus Gründen

- 2 -

der parlamentarischen Höflichkeit bereit, die gegenständliche Anfrage zu beantworten.

Bundesminister für Finanzen Dr. ANDROSCH hat im Zusammenhang mit Äußerungen zur Budgetpolitik auf die Problematik der dynamischen Entwicklung der Bundeszuschüsse in der Pensionsversicherung hingewiesen; er hat nie davon gesprochen, daß die Pensionen nicht gesichert seien. Diese Äußerung, insbesondere auch die Öffentlichkeit verunsichernde Schlagworte wie "Gefährdung des sozialen Standards" oder "Pensionsstop" stammen durchwegs von Mitgliedern der ÖVP. Ich zitiere in diesem Zusammenhang drei Aussendungen des ÖVP-Pressedienstes:

1. Abgeordneter zum Nationalrat Dr. KOHLMAIER im ÖVP-Pressedienst vom 15. Februar 1977: "Die Aussagen des Finanzministers bei seiner heutigen Pressekonferenz zu Pensionsfragen lassen befürchten, daß seine Unfähigkeit, die Staatsfinanzen in Ordnung zu halten, nun auch den sozialen Standard in Österreich gefährdet, ..." "
2. ÖVP-Generalsekretär Sixtus LANNER im ÖVP-Pressedienst vom 18. Februar 1977: "Offenbar um die zusätzlichen Mittel aufzubringen, hat ANDROSCH mit dem Gedanken eines Pensionsstops und einer Hinaufsetzung des Pensionsalters kalkuliert."
3. Abgeordneter zum Nationalrat Ing. Johann GASSNER im ÖVP-Pressedienst vom 19. Februar 1977: "Die Sicherheit der Pensionen ist bei Finanzminister ANDROSCH in denkbar schlechten Händen."

Es kann deshalb nicht als Unterstellung bezeichnet werden, wenn ich festgestellt habe, es sei die ÖVP gewesen, die behauptet hat, daß die Pensionen nicht gesichert seien.